



## Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Barbara Becker, Dr. Ute Eiling-Hütig, Klaus Holetschek, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Manuel Westphal CSU,**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Todesfälle durch multiresistente Keime vermeiden II –  
Lieferengpässe bei der Antibiotikaproduktion verhindern, Gesundheitsversorgung sichern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass für eine Rückverlagerung der Produktion von Antibiotika und ihrer wesentlichen Wirkstoffe nach Deutschland oder in benachbarte EU-Länder Anreize geschaffen werden.

### **Begründung:**

Dem OECD-Bericht „Stemming the Superbug Tide“ vom November 2018 zufolge könnten in den kommenden 31 Jahren bis zum Jahr 2050 – rund 2,4 Mio. Menschen in Europa, Nordamerika und Australien an Infektionen mit multiresistenten Keimen versterben. Wie eine Studie der britischen Regierung aus dem Jahr 2014 belegt, werden – falls geeignete Gegenmaßnahmen ausbleiben – im Jahr 2050 weltweit mehr Menschen an Infektionen mit multiresistenten Keimen versterben als an Krebs.

Die Antibiotikaproduktion in Deutschland wurde im Lauf der letzten Jahre und Jahrzehnte erheblich zurückgefahren. Mittlerweile werden über 80 Prozent der in Deutschland verarbeiteten Intermediates, also von Zwischenprodukten, die die Grundlage für die Antibiotikaproduktion bilden, und Antibiotikawirkstoffen aus Nicht-EU-Ländern – hauptsächlich China und Indien – importiert. Dies führt zu einer Abhängigkeit, welche die Gesundheit der Patientinnen und Patienten in Deutschland zusehends gefährdet, da dadurch Lieferengpässe bei Antibiotika auftreten können. Dies hat sich in den letzten Jahren bereits bewahrheitet: So traten beispielsweise in den Jahren 2016 und 2017 Engpässe bei den Wirkstoffkombinationen Piperacillin/Tazobactam auf, die durch eine Explosion in einer Produktionsstätte in China hervorgerufen wurden. Wenn durch derartige Lieferengpässe passende Antibiotika nicht bereitgestellt werden können, müssen Patienten mit Alternativpräparaten behandelt werden. Diese können unter Umständen schlechter wirken oder mehr Nebenwirkungen aufweisen. Weiterhin steigert der Rückgriff auf Antibiotika mit einem unnötig breiten Wirkungsspektrum nach Informationen der Deutschen Gesellschaft für Infektiologie (DGI) die Zunahme an unbehandelbaren Resistenzen.

Somit werden durch die Abhängigkeit von einigen wenigen außereuropäischen Standorten und dadurch mögliche Lieferengpässe eine zielgerichtete Antibiotikaverordnung und die Eindämmung von Resistenzen erschwert – dies hat zudem eine sicherheitsrelevante Dimension. Deshalb und auch um Umwelt- und Sozialstandards bei der Herstellung von Antibiotika wieder einzuhalten, gilt es, die Produktion von Antibiotika wieder verstärkt zurück nach Deutschland und Europa zu verlagern.

Wegen des niedrigen Preisniveaus generischer Antibiotika ist die lokale Produktion in Deutschland jedoch nicht mehr wirtschaftlich. So kam eine Studie der Roland Berger Unternehmensberatung im Auftrag von Pro Generika zu dem Ergebnis, dass die Hersteller bei einer inländischen Antibiotikaproduktion der Wirkstoffklasse der Cephalosporine und bei einem jährlichen Bedarf von 100 Tonnen einen Verlust von rund 55 Mio. Euro machen würden.

Die Studie schlägt daher drei Möglichkeiten vor, wie mittels einer staatlichen Unterstützung die Antibiotikaproduktion in Deutschland und Europa wieder lokal angesiedelt werden kann:

1. Staatliche Eingriffe in die Marktmechanismen zur Erhöhung der Endpreise

Umgesetzt werden könnte dies über eine Änderung der bundesrechtlichen sowie der europarechtlichen Grundlagen für die Ausschreibungen von Antibiotika hinsichtlich „Made in EU“.

Eine weitere Möglichkeit wäre – auch unter Sicherheitsaspekten – eine gesetzlich verankerte Bevorzugung von europäischer Produktion als Beitrag zur Steigerung der Versorgungssicherheit in Deutschland.

2. Preisregulierung durch Subventionen des Betriebs oder der Investition

Umgesetzt werden könnte dies über Investitionsbezuschussung eines lokalen Standorts für die Wirkstoffproduktion.

3. Absicherung des Versorgungsrisikos durch staatliche Zulagen an Hersteller, die Produktionskapazitäten als Risikoabsicherung gegen Versorgungsengpässe bereitstellen

Umgesetzt werden könnte dies über (EU-weite) Ausschreibungen für die Vorhaltung von Produktionskapazitäten zur Risikoabsicherung. Eine weitere Möglichkeit wäre eine vertraglich gesicherte Versorgungsfähigkeit für längere Perioden gegen entsprechende finanzielle Gegenleistungen.

Eine Prüfung dieser und weiterer Optionen, damit Anreize für Hersteller geschaffen werden, um die Antibiotikaproduktion wieder nach Deutschland und Europa zu verlagern und die Abhängigkeit der (schwankungsanfälligen) Antibiotikaversorgung von Nicht-EU-Ländern und die daraus resultierende Zunahme an unbehandelbaren Resistenzen zu reduzieren, wird daher auf Bundes- und Europaebene angeregt.